



FORUM
EMPIRISCHE SOZIALFORSCHUNG

VOR DER EUROPAWAHL:
DIE WÄHLER IN
DER BUNDESREPUBLIK

AIKO WAGNER

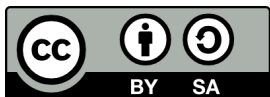


ClimatePartner^o
klimaneutral

Druck | ID: 53323-1403-1041



Urheber: Aiko Wagner
Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2014



Diese Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von
„Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter
gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland“, CC BY-SA 3.0 DE
(abrufbar unter: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>)

Umschlagfoto: © m.schuckart – Fotolia.com
Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.
Satz: Cornelia Wurm, ZKM / Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn.
Printed in Germany.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-95721-031-9

INHALT

- 5 | EINLEITUNG UND PROBLEMHINTERGRUND
- 10 | WAHLBETEILIGUNG: UNTERSCHIEDE ZWISCHEN
EUROPA- UND BUNDESTAGSWAHLEN
- 17 | HINTERGRÜNDE DER EUROPA- UND
BUNDESTAGSWAHLENTSCHEIDUNGEN
- 23 | EINSTELLUNGEN ZUR EUROPÄISCHEN UNION
- 29 | DIE WETTBEWERBSSITUATION IM
DEUTSCHEN PARTEISYSTEM MIT BLICK
AUF DIE EUROPAWAHL 2014
- 36 | ZUSAMMENFASSUNG
- 37 | DER AUTOR
- 37 | ANSPRECHPARTNERIN IN DER
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

EINLEITUNG UND PROBLEMHINTERGRUND

Seit 1979 wird das Europäische Parlament direkt durch die Bürger¹ der Europäischen Union gewählt.² Diese Direktwahl des Europäischen Parlaments zielte auf eine Verbesserung der Legitimität und Akzeptanz der europäischen Institutionen und in der Folge eine Verringerung des Demokratie-defizits ab, da man annahm, dass sich ein eigenständiges, supranationales Wahlverhalten entwickeln würde.³ Jedoch bereits die erste Analyse der Wahlen von 1979 weckte große Zweifel an einem von europäischen Themen und Problemstellungen geprägten Urnengang; vielmehr musste ein starker Einfluss nationaler Faktoren auf das europäische Parteiensystem konstatiert werden.⁴ Bei einem Vergleich der Stimmanteile politischer Parteien auf beiden Ebenen konnten systematische Unterschiede identifiziert werden, die in einer Charakterisierung der Europawahlen als Wahlen zweiter Ordnung – „second-order elections“ – bzw. Barometerwahlen⁵ mündeten. Demnach betrachtet das Wahlvolk Europawahlen als zweitrangig und lässt sich daher bei der Wahlentscheidung von nationalstaatlichen Themen und Problemstellungen leiten.⁶

Nicht nur auf Seiten der Wählerschaft, auch bei den Parteien und Medien spielten und spielen Europawahlen eine untergeordnete Rolle.⁷ Dies hat europaweit eine ganze Reihe von Konsequenzen: Damit sinken die individuellen Anreize einer Wahlbeteiligung. Des Weiteren kann – bis auf wenige Aus-

nahmen – keine Ausbildung eines echten europäischen Parteiensystems⁸ festgestellt werden.⁹ Daraus folgen eine geringere Wahlbeteiligung, Verluste von Regierungs- und großen Parteien sowie Gewinne von kleinen und/oder extremen Parteien. Diese Konsequenzen lassen sich bis heute mehr oder weniger unverändert identifizieren.¹⁰

In der Forschung stehen neben der Wahlbeteiligung¹¹ insbesondere die Stimmverluste von Regierungsparteien im Fokus. Als Grund hierfür wird angegeben, dass die als geringer wahrgenommene politische Bedeutung des Europäischen Parlamentes es den Wählern einfacher macht, ihre Unzufriedenheit über nationale Regierungspolitik zu äußern.¹² Daher tun sie ihren Unmut über die nationale Regierung an der europäischen Wahlurne kund und nutzen so die Möglichkeit, ihr die „gelbe Karte“ zu zeigen, ohne sie sogleich auf der bedeutenderen Ebene – dem Nationalstaat – abzuwählen.

In den letzten Jahrzehnten konnte in europäischen Vergleichsstudien gezeigt werden, dass diese Verluste der Regierungsparteien einem zeitlichen Muster folgen. So verlieren die Parteien entsprechend eines Zyklus, der sich an der jeweiligen nationalen Wahlperiode orientiert: Zu Beginn der Wahlperiode, in der „post-electoral euphoria“, sind die Verluste am niedrigsten; zuweilen sind sogar noch leichte Gewinne zu verbuchen. In der Mitte des politischen Wahlzyklus erfahren Regierungsparteien die größten Verluste. Dann werden Europawahlen als Signal- oder Barometerwahlen genutzt. Gegen Ende schwächen sich die Verluste wieder ab. Denn dann rücken die parteipolitischen Regierungsalternativen wieder verstärkt in den Fokus der Wahlentscheidung.¹³

Aber nicht nur unterschiedliche Motivlagen der Wahlentscheidung zwischen nationalen Wahlen und der Europawahl sind verantwortlich für die unterschiedlichen Ergebnisse. Auch die geringere Wahlbeteiligung trägt dazu bei, dass es zu Abweichungen in den Stimmanteilen kommt. Große Parteien verlieren relativ zu ihren nationalen Ergebnissen, da es vor allem kleineren Parteien leichter fällt, ihre Wählerschaft zu mobilisieren.¹⁴ So können die geringeren Wahlbeteiligungsquoten zu Veränderungen der Wahlergebnisse führen.

Die Erfolge von extremistischen, populistischen und vor allem antieuropäischen Parteien bei den Europawahlen werden damit begründet, dass diese die europäische Dimension der Wahl stärker betonen, was sie

deutlich von anderen Parteien unterscheidet. Lange Zeit schien es, als ob sich fast alle etablierten Parteien in Fragen der europäischen Integration nur minimal unterscheiden und eher moderate Positionen in der politischen Mitte einnehmen. Somit sind antieuropäische Parteien, zumeist am linken oder rechten Rand des politischen Spektrums, oftmals die einzige Alternative für europaskeptische Bürger.¹⁵

Besonders relevant hinsichtlich der Barometerwahlen-Erklärung ist die Leistungsbilanz der Regierung, insbesondere im Bereich der Ökonomie. Oftmals wird die rückblickende Leistungsbewertung als Determinante der Stimmanteilsunterschiede zwischen nationaler und europäischer Wahl herangezogen. So führen schlechte makroökonomische Entwicklungen etwa im Bereich der Arbeitslosigkeit zu einer negativen Evaluation der Regierung und in der Konsequenz zu Stimmverlusten im Vergleich zur letzten nationalen Wahl. Dies kommt den Oppositionsparteien zugute. Die Europawahlen sind demzufolge nicht anders als nationale Wahlen, bei welchen die ökonomische Performanz ebenfalls die Wiederwahlchance einer Regierung beeinflusst.¹⁶ Der Unterschied ist jedoch, dass die europäischen Parteien belohnt bzw. bestraft werden, obwohl die nationalen Regierungen bewertet werden. Somit fallen Objekt der Bewertung und Objekt der Belohnung bzw. Bestrafung auseinander. Zwar ist dies aus Wählersicht vor dem Hintergrund der weitgehenden Identität der Parteiensysteme auf nationaler und europäischer Ebene verständlich. Demokratietheoretisch problematisch bleibt es jedoch, wenn die sogenannte Transferhypothese¹⁷ zutrifft, d. h., wenn Bürger primär Bewertungen der nationalen Ebene für ihre Entscheidungen bei europäischen Wahlen verwenden.

Fassen wir die wichtigsten Punkte zusammen: Europawahlen gelten als Wahlen zweiter Ordnung. Demnach sind die Ergebnisse von Wahlen zum Europäischen Parlament nur zu verstehen und zu erklären, wenn beachtet wird, dass bei ihnen in der Beurteilung der (meisten) politischen Akteure weniger auf dem Spiel steht als bei Wahlen erster Ordnung – wie Bundestagswahlen. Trotz des Kompetenzzuwachses im Laufe der letzten 30 Jahre hat das Europaparlament nicht die Macht, wie beispielsweise der Deutsche Bundestag: Es wählt keine der nationalen Regierung vergleichbare Exekutive und ein nicht unwichtiger Teil der Europapolitik wird von der Europäischen Kommission, den nationalen Regierungen im Rat der Europäischen Union oder im Europäischen Rat bestimmt.

Diese geringere Relevanz von Europawahlen hat einige Implikationen für das Verhalten sowohl der Bürger als auch der Parteien und Politiker: Erstens ist die Wahl aufgrund geringerer Wahlkampf Bemühungen in der Öffentlichkeit weniger präsent. Die Parteien und Politiker geben weniger Geld für die politische Werbung aus und investieren weniger Zeit.¹⁸ Zweitens ist die Wahlbeteiligung geringer. Schon seit der ersten direkten Wahl zum Europäischen Parlament im Jahr 1979 lag die Beteiligung in der Bundesrepublik unter der zu den Bundestagswahlen. Drittens berichtet die Literatur von mehr aufrichtigem und/oder expressivem Wahlverhalten, d. h., dass die Wähler eher ihren „wahren“ Präferenzen gemäß wählen und eher bereit sind, die Gefahr, ihre Stimme zu verschwenden, einzugehen. Dass Europawahlen als von Wahlen erster Ordnung geprägt gelten, bedeutet auch, dass Bewertungen von Akteuren und Objekten der nationalen Ebene das Wahlverhalten auf europäischer Ebene mitbestimmen – dies gilt für die Beurteilung von Spitzenpolitikern ebenso wie für die Leistung von Parteien auf nationaler Ebene.

Für ein Verständnis des Europawahlverhaltens ist es daher notwendig zu klären, inwieweit die Beteiligung an Europawahlen eine grundlegend andere ist als bei Bundestagswahlen, welche Entscheidungen die Bürger treffen und vor allem: warum sie sich entsprechend verhalten. Sind die Ursachen für das Verhalten systematisch anders als bei nationalen Wahlen, divergieren die Kalküle, „ticken“ die Bürger fundamental anders, wenn es gilt, über die Sitzverteilung im Europaparlament zu entscheiden?

- 1| Die Nutzung der männlichen Form im vorliegenden Beitrag ist dem Lesefluss geschuldet, gemeint sind selbstredend stets Personen aller Geschlechter.
- 2| Siehe weitergehend für die folgenden Ausführungen Wagner, Aiko/Heiko Giebler (2010): *Determinanten der Wahlentscheidung bei Bundestags- & Europawahlen im Vergleich; Vortrag auf der Tagung des Arbeitskreises „Wahlen und Politische Einstellungen“ der DVPW 2010, Berlin.*
- 3| Simon Hix (1999): *The Political System of the European Union.* Houndmills: Macmillan, S. 180.
- 4| Karlheinz Reif/Hermann Schmitt (1980): *Nine Second-Order National Elections – A Conceptual Framework For The Analysis Of European Election Results.* In: *European Journal of Political Research* 8 (1), S. 3-44.
- 5| Christopher J. Anderson/Daniel S. Ward (1996): *Barometer Elections in Comparative Perspective.* In: *Electoral Studies* 15 (4), S. 447-460.
- 6| Hermann Schmitt (2005): *The European Parliament Elections of June 2004: Still Second-Order?* In: *West European Politics* 28 (3), S. 650-679.

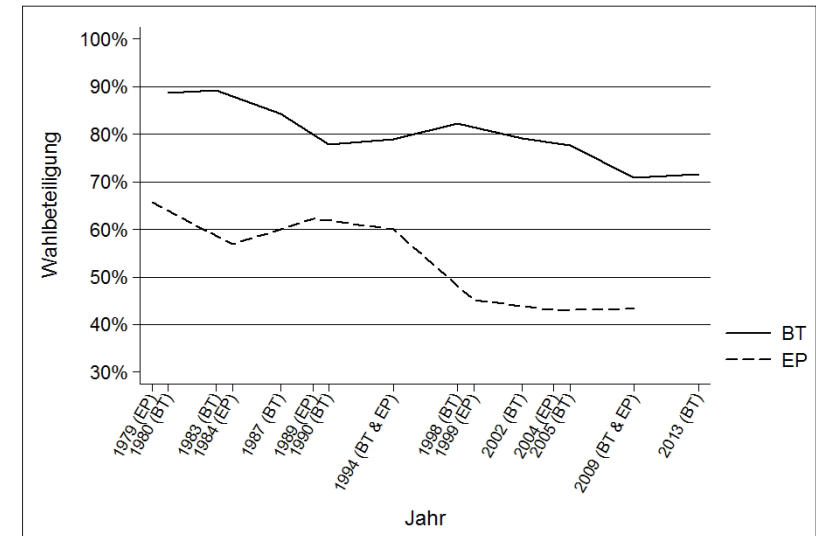
- 7| Vgl. Michaela Maier/Jens Tenscher (Hrsg.) (2006): *Campaigning in Europe – Campaigning for Europe.* Münster: LIT. Roland Cayrol (1991): *European Elections and the Pre-electoral Period: Media Use and Campaign Evaluations.* In: *European Journal of Political Research* 19 (1), S. 17-29. Heiko Giebler/Andreas M. Wüst (2011): *Campaigning on an upper level? Individual campaigning in the 2009 European Parliament elections in its determinants.* In: *Electoral Studies* 30 (1), S. 53-66. Dies. (2011): *Individuelle Wahlkämpfe bei der Europawahl 2009. Länderübergreifende und ebenenspezifische Befunde.* In: Jens Tenscher (Hrsg.): *Superwahljahr 2009. Vergleichende Analysen aus Anlass der Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 121-152.
- 8| *Im Folgenden werden die in Deutschland bei der Europawahl gewählten Parteien als „europäische Parteien“ bezeichnet.*
- 9| Vgl. Galen Irwin (1995): *Second-order or Third-rate? Issues in the Campaign for the Elections for the European Parliament 1994.* In: *Electoral Studies* 14 (2), S. 183-199.
- 10| Vgl. Simon Hix/Michael Marsh (2011): *Second-Order Effects Plus Pan-European Political Swings: An Analysis of European Parliament Elections Across Time.* In: *Electoral Studies* 30 (1), S. 4-15.
- 11| Vgl. z. B. Bernhard Weßels/Mark N. Franklin (2009): *Turning Out or Turning Off: Do Mobilization and Attitudes Account for Turnout Differences between New and Established Member States at the 2004 EP Elections?* In: *Journal of European Integration* 31 (5), S. 609-626.
- 12| So bspw. Michael Marsh (2007): *European Parliament Elections and Losses by Governing Parties.* In: Wouter Van der Brug/Cees Van der Eijk (Hrsg.): *European Elections & Domestic Politics: Lessons from the Past and Scenarios for the Future.* Notre Dame: University of Notre Dame Press, S. 51-72.
- 13| Vgl. z. B. Till Weber (2007): *Campaign Effects and Second-Order Cycles: A Top-Down Approach to European Parliament Elections.* In: *European Union Politics* 8 (4), S. 509-536.
- 14| Vgl. Simon Hix/Michael Marsh (2011): *Second-Order Effects Plus Pan-European Political Swings: An Analysis of European Parliament Elections Across Time.* In: *Electoral Studies* 30 (1), S. 4-15.
- 15| Ähnlich: Erik Oppenhuis/Cees van der Eijk/Mark N. Franklin (1996): *The Party Context: Outcomes.* In: Cees Van der Eijk/Mark N. Franklin (Hrsg.): *Choosing Europe? The European Electorate and National Politics in the Face of the Union.* Ann Arbor: The University of Michigan Press, S. 287-305.
- 16| Vgl. Sam Wilkin/Brandon Haller/Helmut Norpoth (1997): *From Argentina to Zambia: A World-wide Test of Economic Voting.* In: *Electoral Studies* 16 (3), S. 301-316.
- 17| Robert Rohrschneider/Nick Clark (2008): *Second-Order Elections versus First-Order Thinking: How Voters Perceive the Representation Process in a Multi-Layered System of Governance.* In: Cees van der Eijk/Hermann Schmitt (Hrsg.): *The Multilevel Electoral System of the EU.* Mannheim: Connex, S. 137-162.
- 18| Vgl. Heiko Giebler/Andreas M. Wüst (2011): *Individuelle Wahlkämpfe bei der Europawahl 2009. Länderübergreifende und ebenenspezifische Befunde.* In: Jens Tenscher (Hrsg.): *Superwahljahr 2009. Vergleichende Analysen aus Anlass der Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 121-152.

WAHLBETEILIGUNG: UNTERSCHIEDE ZWISCHEN EUROPA- UND BUNDESTAGSWAHLEN

Die Wahlbeteiligung an der Europawahl ist seit jeher geringer als an Bundestagswahlen. Zudem hat die Partizipationsrate auf beiden Ebenen im Zeitverlauf abgenommen. Während sich 1989 noch fast zwei Drittel aller Wahlberechtigten an der Europawahl beteiligten, waren es 1999 weit unter 50 Prozent. In den frühen 1990er Jahren betrug der Abstand zwischen nationaler und europäischer Wahlbeteiligung etwa 20 Prozentpunkte, vergrößerte sich jedoch Ende der 1990er Jahre durch ein Absinken der europäischen Beteiligungsquote (siehe Abbildung 1).

Zur Jahrtausendwende beteiligten sich fast doppelt so viele Wähler an Bundestagswahlen wie an Europawahlen. Durch die gleichbleibend niedrige Europawahlbeteiligung und den zeitgleichen Abwärtstrend der Beteiligung an den Bundestagswahlen 2002, 2005 und 2009, reduzierte sich diese Differenz leicht in den 2000er Jahren. Wenn im Mai 2014 wieder lediglich demokratiethoretisch besorgniserregende 40 bis 45 Prozent der Wahlberechtigten den Weg in die Wahllokale finden, kann durchaus von einer Stabilisierung der Partizipationsrate gesprochen werden – der Abstand betrüge dann wieder 30 Prozentpunkte.

Abbildung 1: Wahlbeteiligung zu den Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) und Deutschen Bundestag (BT) seit 1979



Anmerkung: Eigene Darstellung auf Basis von Daten des Bundeswahlleiters.¹

Um die individuellen Wahlmotive bzw. die Hintergründe der Wahlbeteiligung zu bestimmen, müssen wir einen Blick auf Individualdaten werfen. Im Rahmen der Vorwahlquerschnittsbefragung der Deutschen Wahlstudie (German Longitudinal Election Study – GLES)² wurden in den Wochen vor der Bundestagswahl 2013 2.000 Bürger interviewt – unter anderem zu politischen Einstellungen und Bewertungen, Wahlbeteiligungs- und Wahlentscheidungsabsicht, sowohl für die damals anstehende Bundestags- als auch für die erst im Mai 2014 stattfindende Europawahl.³

Tabelle 1: Wahlbeteiligungsabsichten – Bundestagswahl 2013 und Europawahl 2014

	„bestimmt“ oder „wahrscheinlich zur Wahl gehen“	„vielleicht“, „wahrscheinlich nicht“ oder „bestimmt nicht zur Wahl gehen“
Bundestagswahl	74,4%	25,6%
Europawahl	60,6%	39,4%

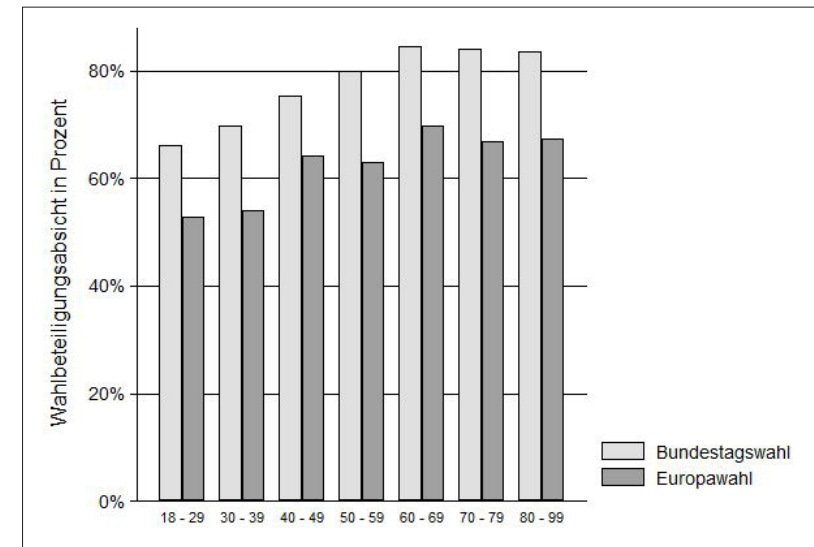
Quelle: GLES Vorwahlquerschnitt (ZA5700, 1. Pre-Release, doi:10.4232/1.11820).

Die höhere Wahlbeteiligung zeigt sich der Tendenz nach auch in den Umfragedaten. Allerdings beträgt die Differenz weniger als 15 Prozentpunkte. Dies kann mehrere Ursachen haben. Erstens könnte es darauf hindeuten, dass zur anstehenden Europawahl besonders viele Bürger gewillt sind, den Weg zu den Wahllokalen anzutreten. Zweitens könnten zwar viele Personen planen, an der Wahl teilzunehmen, es aber letztendlich doch unterlassen, was der bekannten Lücke zwischen Einstellung und Verhalten entspräche (*attitude behavior gap*). Drittens kann die recht hohe berichtete Wahlbeteiligungsabsicht zur Europawahl schlichtweg *overreporting* abbilden: Da die Wahlteilnahme noch immer von großen Teilen der Bevölkerung als Bürgerpflicht angesehen wird, geben – um der sozialen Norm nicht zu widersprechen – auch Befragte an, sich an der Wahl beteiligen zu wollen, die es realiter nicht vorhaben. Am wahrscheinlichsten ist eine Mischung aus all diesen Erklärungen. Zum Zeitpunkt der Umfrage war die Europawahl im Meinungsklima noch nicht relevant. Aber schon zu diesem Zeitpunkt wurde eine deutlich geringere Wahlbeteiligung als bei der Bundestagswahl berichtet.

Betrachtet man die Wahlbeteiligungsabsicht nach Altersgruppen, ergibt sich ein nicht unbekanntes Bild.⁴ Die Wahlbeteiligung steigt mit dem Alter bis ins siebte Lebensjahrzehnt, bevor sie im hohen Alter wieder leicht abnimmt. Die hellen Balken zeigen diesen Verlauf der berichteten Wahlbeteiligungsabsicht für die Bundestagswahl auf Basis der Umfragedaten. Während von den jüngeren Wahlberechtigten (unter 40 Jahre) weniger als 70 Prozent angaben, wählen zu gehen, hatten zwischen 70 und 80 Prozent der 40- bis 60-Jährigen vor, sich zu beteiligen. Für die Generationen 60+ überschreiten die Quoten der Wahlbeteiligungsabsicht die 80 Prozent. Generell ist bei allen Umfragen zu berücksichtigen, dass die berichtete Wahlbeteiligung immer höher ist als die tatsächliche (siehe Abbildung 2).⁵

Die dunkleren Balken zeigen die altersspezifischen Beteiligungsabsichten für die Europawahl. Die strukturellen Ähnlichkeiten fallen dabei sofort ins Auge. Die Europawahlbeteiligungsabsicht verläuft zwar auf deutlich niedrigerem Niveau. Aber auch hier steigt die Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme mit dem Alter an und wie bei der nationalen Beteiligung sinkt sie bei den über 70-Jährigen wieder leicht ab. Der Abstand ist über die Altersgruppen fast identisch: Ist die Bundestagswahlbeteiligung hoch, fällt auch die Europawahlbeteiligung vergleichsweise höher aus. Systeme-

Abbildung 2: Wahlbeteiligungsabsicht nach Altersgruppen



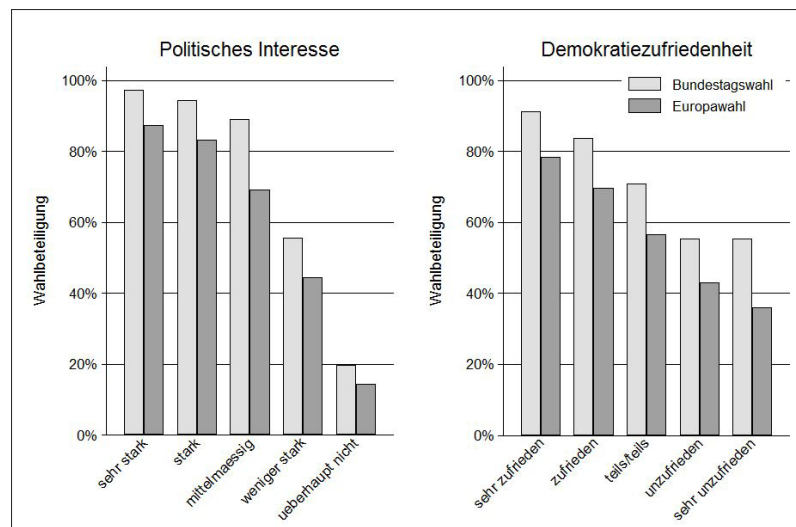
Anmerkung: Eigene Darstellung auf Basis der Daten des GLES Vorwahlquerschnitts.

matische Unterschiede gibt es diesbezüglich zumindest in der Vorwahlbefragung zur Bundestagswahl also nicht.

Ähnliches gilt für zwei der erklärungsstärksten Größen für die Wahlbeteiligung – politisches Interesse und Demokratiezufriedenheit. Der jeweilige positive Zusammenhang ist intuitiv nachvollziehbar. Da Wahlen in repräsentativen Demokratien *den* zentralen Mechanismus der Beteiligung der Bevölkerung an der Politik darstellen, verwundert es nicht, dass deutlich über 90 Prozent der politisch stark oder sehr stark Interessierten angaben, sich an den Bundestagswahlen beteiligen zu wollen. Auch fast neun von zehn der laut Selbsteinschätzung nur mittelmäßig Interessierten hatten vor, sich an der Wahl zu beteiligen. Selbst bei weniger starkem politischem Interesse gab jeder Zweite an, partizipieren zu wollen und sogar jeder Fünfte der vollkommen Uninteressierten glaubte, im September den Weg zu den Wahlurnen zu finden. Prinzipiell findet sich der gleiche Verlauf für die Absicht der Europawahlbeteiligung. Bei starkem oder sehr starkem Interesse liegt die Quote bei mehr als 80 Prozent und sinkt dann bei Uninteressierten stark ab.

Ebenfalls von Einfluss, wenn auch mit weniger akzentuiertem Verlauf, ist die Zufriedenheit mit der Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik besteht. Der Beteiligungsunterschied zwischen sehr zufriedenen und sehr unzufriedenen Bürgern liegt für die Bundestagswahl bei etwa 30 Prozentpunkten (90 Prozent Beteiligung bei sehr Zufriedenen und 60 Prozent bei sehr Unzufriedenen). Für die Absicht der Wahlteilnahme im kommenden Mai ist sie etwas relevanter. So liegt die Wahrscheinlichkeit, sich an der Europawahl zu beteiligen, für sehr Zufriedene mit 80 Prozent doppelt so hoch wie für sehr Unzufriedene mit knapp 40 Prozent. Zufriedenheit mit der Demokratie der Bundesrepublik übt demnach einen Einfluss auf das Verhalten bei der Europawahl aus. Dies könnte bedeuten, dass in der kleinen Gruppe der Unzufriedenen vermehrt für kleinere und Kleinstparteien gestimmt wird.

Abbildung 3: Politisches Interesse, Demokratiezufriedenheit und Wahlbeteiligung



Anmerkung: Eigene Darstellung auf Basis der Daten des GLES Vorwahlquerschnitts. Dargestellt sind die Werte für die Antwortkategorie „werde bestimmt zur Wahl gehen“.

WECHSELWÄHLER UND (NICHT-)BETEILIGUNG

Grundlegend sind für zwei Wahlen mindestens fünf Entscheidungsmuster denkbar: (1) eine Person wählt bei beiden Wahlen die gleiche Partei, (2) eine Person wählt bei einer Wahl die eine und bei der zweiten Wahl eine andere Partei, (3) eine Person beteiligt sich an der ersten, aber nicht an der zweiten Wahl, (4) Nichtbeteiligung an der ersten, aber Teilnahme an der zweiten Wahl und (5) keine Beteiligung an einer der beiden Wahlen. Hinzu kommt bei Vorwahlbefragungen die Möglichkeit der Unsicherheit, d. h., dass eine Person unentschieden war, ob sie wählen gehen wird oder nicht und für welche Partei sie sich entscheidet.

Tabelle 2: Häufigkeit von Wechselwahl zwischen Bundestagswahl 2013 (BTW) und Europawahl 2014 (EPW)

Typ des Wechselwählers	Anteil in Prozent
Gleiche Partei (kein Wechsel)	57,4
Unterschiedliche Parteiwahl in BTW und EPW	19,1
Beteiligung BTW, (wahrscheinlich) Nichtwahl EPW	17,1
Sonstiges Wechselverhalten (z. B. Wahlentscheidung(en) für BTW und/oder EPW unsicher)	6,4

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Daten des GLES Vorwahlquerschnitts.

Knapp 60 Prozent derer, die an mindestens einer der Wahlen teilnehmen möchten, geben an, bei der Wahl zum Europäischen Parlament wieder dieselbe Partei zu unterstützen, wie im September 2013 zur Bundestagswahl. Fast 20 Prozent der Wähler wollen zu beiden Wahlen unterschiedlichen Parteien ihr Vertrauen aussprechen. Dieses Ausmaß an Wechselwahl ist auch zwischen zwei Bundestagswahlen seit den 2000er Jahren nicht ungewöhnlich.⁶ Betrachtet man zudem, dass zur Stimmabgabe zweier unterschiedlicher legislativer Arenen aufgerufen ist, erscheint eher das Ausmaß an gleichem (beabsichtigtem) Wahlverhalten überraschend hoch.

Insgesamt planen über 80 Prozent, an beiden Wahlen teilzunehmen. Für diese Verteilung finden sich keine relevanten Unterschiedlichkeiten zwischen Ost und West – die Anteile der „echten“ Wechselwähler (zwischen zwei Parteien) und der stabilen Wähler sind sehr ähnlich.

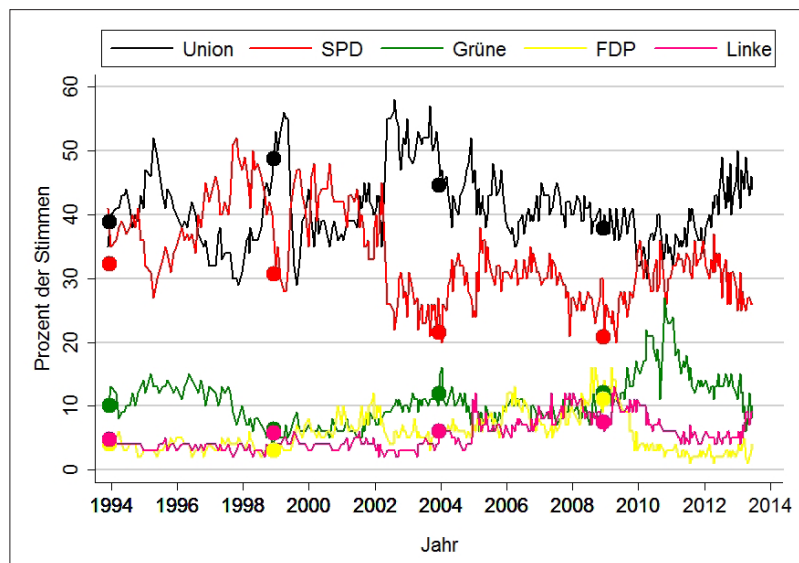
- 1| http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/EU_BUND_09/veroeffentlichungen/erkenntnisse_repWahlstatistik.pdf [eingesehen am 13.02.2014] und http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/downloads/bundestagswahlergebnisse/btw_ab49_wahlbeteiligung.pdf [eingesehen am 13.02.2014]
- 2| Für Informationen über die GLES siehe www.gles.eu [eingesehen am 13.02.2014]
- 3| Hier, wie auch im Folgenden, wurden die von der GLES bereitgestellten GewichtungsvARIABLEN zur besseren Repräsentativitätsanpassung (sozialstrukturelles, regionales und Haushaltstransformationsgewicht) verwendet.
- 4| Siehe z. B. Markus Steinbrecher/Hans Rattinger (2011): Die Wahlbeteiligung. In: Hans Rattinger/Sigrid Roßteutscher/Rüdiger Schmitt-Beck/Bernhard Weßels et al.: Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009, S. 77-90; Sabine Pokorny (2014): Mit 60 Jahren fängt das Wählen an. Das Wahlverhalten der älteren Generation. Konrad-Adenauer-Stiftung, Forum Empirische Sozialforschung, <http://www.kas.de/wf/de/33.36510/> [eingesehen am 13.02.2014]
- 5| Vgl. Viola Neu (2012): „Dann bleib ich mal weg“. Der Mythos der ‚Partei‘ der Nichtwähler. Sankt Augustin/Berlin.
- 6| Vgl. Tatjana Rudi/Markus Steinbrecher (2011): Regierungsleistung im Urteil der Wähler. In: Hans Rattinger/Sigrid Roßteutscher/Rüdiger Schmitt-Beck/Bernhard Weßels et al.: Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009. Baden-Baden: Nomos, S. 91-102.

HINTERGRÜNDE DER EUROPA- UND BUNDESTAGSWAHLENTSCHEIDUNGEN

Bislang konnten sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede zwischen Bundestagswahlen und Europawahlen bzw. dem korrespondierenden Individualverhalten ermittelt werden: Die Beteiligung ist an den eingangs als „second-order“- oder Barometerwahlen titulierten Wahlen zum Europäischen Parlament deutlich geringer. Aufgeschlüsselt nach Altersgruppen ergibt sich für Wahlen zu beiden Ebenen ein vergleichbares Bild: Mit zunehmendem Lebensalter nimmt die Wahlwahrscheinlichkeit zu, im hohen Alter sinkt sie wieder leicht. Ähnlich verhält es sich bezüglich des politischen Interesses und der Demokratiezufriedenheit. Generell lässt sich somit festhalten, dass keine grundlegend unterschiedlichen Mechanismen der Wahlbeteiligung bei Europawahlen wirken – lediglich das Niveau ist deutlich geringer. Entsprechend sind Bürger, die sich an den europäischen, aber nicht an den nationalen Wahlen beteiligen, äußerst selten. Unterschiedliches Wahlverhalten zwischen Bundestags- und Europawahl ist zwar wahrscheinlich noch immer in weniger als 50 Prozent der Fälle zu verzeichnen, andererseits damit auch keine Seltenheit. Zudem differiert es zwischen den Parteien in beträchtlichem Ausmaß. Für die anstehende Europawahl ließe sich demnach bezüglich der Teilnahme schlussfolgern, dass – abgesehen von Erstwählern – im Mai kaum neue Wähler dazu kommen werden. Eher ist mit Fernbleiben und geringer Wahlbeteiligung zu rechnen.

Vor diesem Hintergrund der deutlichen Beteiligungsunterschiede und unterschiedlichen Mobilisierungsaussichten stellt sich die Frage, ob sich das Wahlverhalten für bestimmte politische Parteien substanziell zwischen diesen beiden Wahlen unterscheidet.

Abbildung 4: Politische Stimmung zur Bundestagswahl und Wahlergebnisse der Europawahl

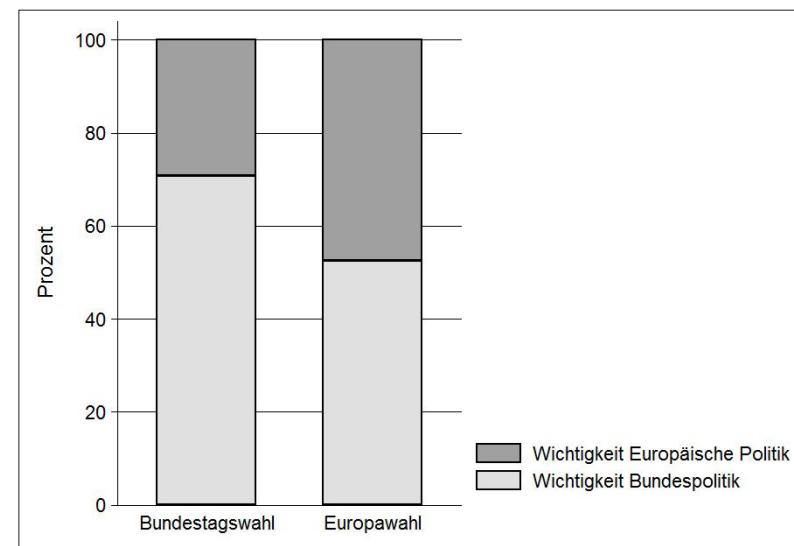


Anmerkung: Eigene Darstellung auf Basis der Daten der „Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer“ 1991 bis 2014.¹

Interessanterweise lässt sich diese Frage klar verneinen. Die Linien stellen die sogenannte „Politische Stimmung“, d. h. die Ergebnisse der Sonntagsfrage zur Bundestagswahl, für die fünf zentralen Parteien (CDU und CSU aufaddiert) des bundesdeutschen Parteiensystems bis zur Bundestagswahl 2013 dar. Die Kreise bilden die jeweiligen Ergebnisse zu den Europawahlresultaten seit 1994 ab. Die aktuelle Stimmung auf Bundesebene spiegelt das Europawahlverhalten mit nur kleineren Abweichungen wider – auf nationaler Ebene populäre Parteien schneiden demnach auch bei Europawahlen gut ab, national unpopuläre Parteien dagegen schlecht. Die Bewertung der bundesdeutschen Politik bestimmt zu Großteilen die Entscheidung an den Europawahlurnen. Die Prognose könnte daher lauten, dass die Europawahlen im Mai 2014 auf Grundlage der Popularität der Parteien auf nationaler Ebene entschieden werden.

Stimmungen auf der Bundesebene übertragen sich vermutlich auf das Verhalten bei Europawahlen. Heißt das, dass die europäische Ebene keinerlei Bedeutung hat? Werfen wir dazu einen Blick auf die Mechanismen der Wahlentscheidung, also auf die Gründe, warum ein Wähler für eine bestimmte Partei stimmt – unterscheiden sich diese für Europa- und Bundestagswahlen? Welche Rolle spielen europäische, welche Rolle nationale Faktoren?

Abbildung 5: Relevanz politischer Ebenen für die Wahlen: Selbsteinschätzung der Wähler



Anmerkung: Eigene Darstellung auf Basis der Daten des 2. GLES-Trackings.²

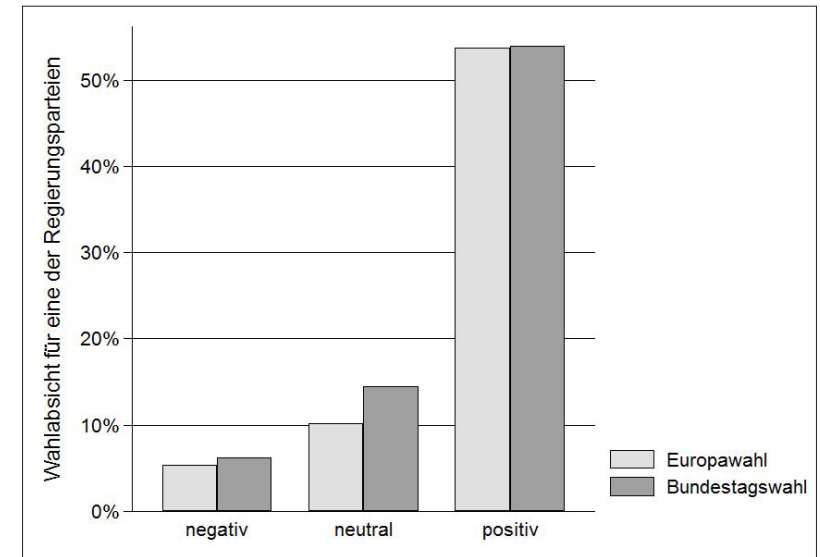
Im Rahmen einer Online-Umfrage der German Longitudinal Election Study (GLES) im Vorfeld der Europawahl 2009 (27.05. bis 05.06.2009) wurden die Befragten gebeten, die Wichtigkeit der Bundespolitik und der europäischen Politik für ihre Entscheidungen bei den Bundes- und Europawahlen anzugeben. Klar zeigt sich, dass für Entscheidungen auf den jeweiligen Ebenen stets beide Politikarenen relevant sind, was im integrierten Mehrebenensystem nicht überrascht. Erwartungsgemäß ist für das Bundestagswahlverhalten der Bürger die Bundespolitik deutlich wichtiger als die europäische Politik. Allerdings ist für die Europawahl die europäische Politik *nicht* wichtiger als die jeweilige Bundespolitik. Beide Ebenen spielen laut Selbstausskunft der Bürger eine gleichermaßen große Rolle. Die Situation ist damit deutlich asymmetrisch.

Gehen wir dem noch etwas genauer nach und beleuchten exemplarisch zwei Hintergründe des Wahlverhaltens – die Bewertung des Spitzenpersonals und die Bewertung der Leistung der Bundesregierung.

Eine der dominanten Theorien zur Erklärung des Wahlverhaltens – der sogenannte sozial-psychologische Ansatz, der von amerikanischen Forschern in den 1950er und 1960er Jahren entwickelt wurde³ – benennt neben langfristigen Bindungen an bestimmte Parteien und die Beurteilung konkreter Sachfragen die Bewertung der Spitzenpolitiker als einen der relevantesten Faktoren des Wählens. In den letzten Jahrzehnten wurde zudem immer wieder die These der Personalisierung der Politik prominent vertreten, nach der das politische Personal bzw. dessen Bewertung an Bedeutung zugenommen hätte. Zwar legen empirische Studien Zweifel am Zutreffen der These vom Zunehmen der Relevanz der Politikerbewertung nahe,⁴ aber ist kaum abzustreiten, dass die Bewertung der führenden Politiker für die Wahlentscheidung eine Rolle spielt. Denkt man an die Kompetenzen z. B. des Kanzlers/der Kanzlerin, ist das aus demokratietheoretischer Perspektive auch gut so. Wie wichtig sind nun die europäischen im Vergleich zu den deutschen Spitzenpolitikern für die Wahlentscheidung? Wiederum wurden die erwähnten Daten aus dem Jahr 2009 genutzt, die einen Einblick über die relative Relevanz des politischen Personals bei der letzten Europawahl geben. Die Wahlentscheidung wurde mittels statistischer Analysen auf die Bewertung der Bundes- und europäischen Spitzenpolitiker zurückgeführt. Generell zeigt sich: Je besser die Politiker bewertet wurden, desto höher war die Wahrscheinlichkeit, ihrer jeweiligen Partei auch die Stimme zu geben. Dieser – wenig überraschende – Befund gilt sowohl für Europa- als auch für Bundespolitiker. Personen sind für die Wahl von Parteien relevant, und im Fall der Wahl des europäischen Parlaments sind die Bewertungen von Bundespolitikern wichtiger als die europäischen Politiker. Zumindest galt dies bei der Europawahl 2009.

Für Bundestagswahlen wurde die retrospektive Leistungsbewertung der Regierung konsequenterweise als eine der relevanten Einflussgrößen ausgemacht.⁵ Wenn Europawahlen, wie oben diskutiert, Barometerwahlen sind, sollte die Bewertung der Regierungsleistung auch für die Wahl zum Europäischen Parlament von Bedeutung sein. Der Einfluss dieser Evaluierung auf die beabsichtigten Wahlentscheidungen wurde mittels Regressionsanalysen anhand der Daten aus dem Vorfeld der letzten Bundestagswahl ermittelt.

Abbildung 6: Einfluss der Leistungsbewertung der Bundesregierung auf die Bundestags- sowie Europawahlentscheidung



Anmerkung: Eigene Darstellung auf Basis der Daten des GLES Vorwahlquerschnitts.

Der direkt einleuchtende Befund lautet, dass eine positive Bewertung der Leistung der damaligen Bundesregierung aus CDU, CSU und FDP zu einer höheren Wahrscheinlichkeit führte, ihnen bei der nächsten Wahl die Stimme zu geben. Neutrale Evaluierungen und noch etwas stärker negative Gesamtbeurteilungen führten dagegen eher dazu, nicht für Parteien der schwarz-gelben Regierung zu stimmen. Im vergleichbaren Umfang – und das ist das Interessante daran – gilt dies auch für die Wahlintention bei der anstehenden Europawahl. Ist ein Bürger mit der Arbeit der Parteien der Bundesregierung zufrieden, liegt die Chance, dass er bei der Europawahl für diese stimmt, deutlich höher. Mit anderen Worten werden die „europäischen“ Parteien für die Leistung der nationalen Parteien belohnt oder abgestraft. Auch dies spricht klar für die Transferhypothese der Übertragung nationaler Bewertungen auf die europäische Ebene sowie die These der Barometerwahlen.

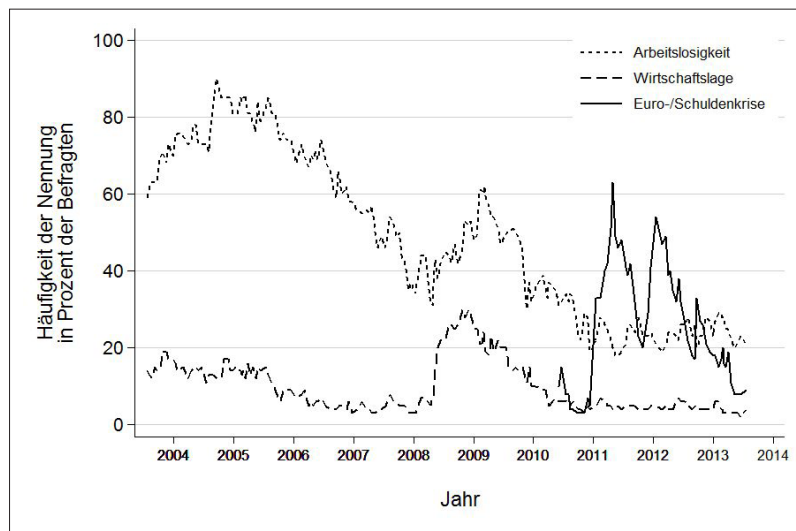
- 1| *Die Wahlabsicht wurde mit den Fragen „Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, würden Sie dann zur Wahl gehen? ... Und welche Partei würden Sie wählen?“ ermittelt.*
- 2| *Hans Rattinger/Sigrid Roßteutscher/Rüdiger Schmitt-Beck/Bernhard Weßels: German Longitudinal Election Study – Langfrist-Online-Tracking, T2, 27.05.2009 – 05.06.2009. GESIS, Köln: ZA5335, Version 4.0.0, doi: 10.4232/1.10830.*
- 3| *Angus Campbell/Philip Converse/Warren E. Miller/Donald Stokes (1960): The American Voter. New York: Wiley.*
- 4| *Zum Beispiel Aiko Wagner (2011): Die Personalisierung der Politik: Entscheidungen Spitzenkandidaten Wahlen? In: Evelyn Bytzek/Sigrid Roßteutscher (Hrsg.): Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen. Frankfurt a.M.: Campus, S. 81-97; Ders. (2013): Kanzlerkandidaten und -kandidatinnen: Wie beeinflussen sie die Wahlentscheidung? In: Argumente 2013 (2), S. 39-45; für einen guten Überblick über die Dimensionen der Personalisierungsthese(n) siehe Silke Adam/Michaela Maier (2010): Personalization of Politics – Towards a Future Research Agenda. A Critical Review of the Empirical and Normative State of the Art. In: Charles T. Salmon (Hrsg.): Communication Yearbook 34: S. 213-258.*
- 5| *Siehe z. B. Aiko Wagner/Bernhard Weßels (2011): Regierungsleistung im Urteil der Wähler. In: Hans Rattinger/Sigrid Roßteutscher/Rüdiger Schmitt-Beck/Bernhard Weßels et al.: Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009. Baden-Baden: Nomos, S. 165-177.*

EINSTELLUNGEN ZUR EUROPÄISCHEN UNION

Noch relevanter als diese Beurteilungen von 2009 sind die Leistungsvermutungen hinsichtlich der Lösungsfähigkeiten bei anstehenden Problemlagen. Da Wahlen einen Vertrauensvorschluss auf die Zukunft darstellen, sollte die Bewertung zukünftiger Leistung auch einen großen Einfluss auf das Wahlverhalten ausüben.¹ Was sind nun die in der Wahrnehmung der Bürger wichtigsten Probleme? Die nächste Abbildung zeigt den Verlauf der Häufigkeit von Problemnennungen. Wiederum wurde auf Daten der Forschungsgruppe Wahlen zurückgegriffen; neben der Arbeitslosigkeit – das über lange Zeit hinweg dominierende Problem in der Wahrnehmung der Bürger – die Wirtschaftslage und – für die vorliegende Frage der Bestimmung der Hintergründe des Europawahlverhaltens relevant – die Wahrnehmung von Euro- und/oder Schuldenkrise (siehe Abbildung 7, Seite 24).

Während in den frühen 2000er Jahren die Arbeitslosigkeit noch unangefochten an Platz eins der Problemwahrnehmungen rangierte, nahm ihre Relevanz in der Wahrnehmung der Bevölkerung seit etwa 2005 bis 2008 ab, um im Rahmen der Wirtschaftskrise von 2008/2009 wieder von 60 Prozent der Befragten als eines der beiden wichtigsten Probleme genannt zu werden, aber im gleichen Zeitraum wuchs der Anteil derer deutlich, welche die Wirtschaftslage als Problem Nummer eins oder zwei nannten, auf immerhin 30 Prozent.

Abbildung 7: Wichtigste Probleme in Deutschland



Anmerkung: Eigene Darstellung von drei wichtigen Problemen auf Basis der Daten der Forschungsgruppe Wahlen zum wichtigsten politischen Problem in Deutschland (2 Nennungen möglich).

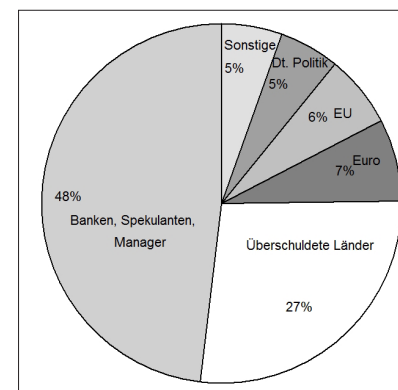
Mit den für die Bundesrepublik im Vergleich zu anderen EU-Staaten mild ausfallenden Krisensymptomen nahm die Problemwahrnehmung von Arbeitslosigkeit und Wirtschaftslage ab Mitte 2009 wieder ab. Ab dem Sommer 2011 gewann das Thema Euro-/Schuldenkrise² an beträchtlicher Bedeutung und wurde zu einem der zwei wichtigsten Probleme für über 60 Prozent der Bevölkerung der Bundesrepublik. Erst Anfang 2013 fiel dieser Anteil wieder unter die 20-Prozent-Marke. Wenn bis zum Mai keine neuen größeren Nachrichten bezüglich dieser Krise auftauchen, scheint sich der Höhepunkt der Wahrnehmung genau zwischen den Europawahlen 2009 und 2014 bewegt zu haben. Europa befindet sich gegenwärtig nicht im Zentrum der Aufmerksamkeit des deutschen Wählers.

Auch wenn die Euro- oder Schuldenkrise Anfang 2014 für die Deutschen nicht mehr von herausragender Wichtigkeit zu sein scheint, so hat die deutsche Bevölkerung doch klare Einstellungen zur EU, die sich von denen zu anderen Einstellungsobjekten unterscheiden. Im Eurobarometer vom Mai 2013³ wurden die Befragten beispielsweise gebeten einzuschätzen, ob die Situation in Deutschland besser oder schlechter als im EU-Durchschnitt sei. In allen acht Bereichen – Wirtschaft, Arbeitsplätze,

Lebenshaltungskosten, Lebensqualität, Umwelt, Öffentliche Finanzen, Zukunftsaussichten und Situation der Jugend – wurde die Lage in der Bundesrepublik als (zum Teil sehr viel) besser als in der restlichen Europäischen Union gesehen.

Ähnlich verhält es sich mit der Demokratiezufriedenheit, die, wie wir oben gesehen haben, ein Einflussfaktor für die Wahlbeteiligung ist. Fast drei Viertel der Deutschen sind mit dem Stand der Demokratie in der Bundesrepublik eher oder sehr zufrieden. Mit der Demokratie auf der Ebene der Europäischen Union ist jedoch nur die Hälfte zufrieden, d. h. auch, dass etwa 50 Prozent eher oder sehr unzufrieden sind. Es findet somit keine einfache Übertragung der Beurteilung der Situation in Deutschland auf die der Europäischen Union statt. Im Gegenteil: In fast jedem Fall, sind es konkrete Objekte wie die Finanzsituation oder generalisierte wie die Demokratie, differenzieren die Deutschen und finden sich daher auch relevante Bewertungsunterschiede, die zuungunsten der EU ausgehen.

Abbildung 8: Wahrnehmung der Hauptschuld an der europäischen Schuldenkrise



Anmerkung: Rekodierte Antwortanteile auf die Frage „Was meinen Sie, wer trägt die Hauptschuld an der europäischen Schuldenkrise?“; Eigene Darstellung auf Basis der Daten des GLES Vorwahlquerschnitts (siehe Quellenangaben zu Tabelle 1, Seite 11).

Auch wenn das Bedeutungshoch der Eurokrise vorbei zu sein scheint, treiben die Folgen der Krise die Bürger noch immer um. Unter anderem vor dem Hintergrund der europäischen Kredite für in Finanzierungsprobleme geratene Euro-Staaten, an denen Deutschland als wirtschaftlich stärkster Partner in Europa den größten Anteil trägt, betreffen die Auswirkungen der Krise die Bundesrepublik noch immer. Daher wurde im Rahmen der Vorwahlbefragung zur Bundestagswahl 2013 der GLES auch nach der perzipierten Hauptschuld an der Schuldenkrise gefragt.

Knapp die Hälfte der Befragten sieht 2013 die Hauptschuld bei den Akteuren der Finanzwirtschaft – Banken, Manager und Spekulanten. Etwas mehr als ein Viertel sieht die Schuld bei den überschuldeten Ländern wie Irland oder Griechenland, die restlichen Befragten sehen die Schuld beim Euro, bei der EU, bei der deutschen Politik bzw. deutschen Politikern oder bei anderen Akteuren und Institutionen. Von Interesse ist das Wahlverhalten der jeweiligen Gruppen: Wen unterstützen die Anhänger der These, dass der Euro Schuld ist, wen diejenigen, die die überschuldeten Länder in der Hauptverantwortung sehen?

Tabelle 3: Bundestagswahlverhalten (in Prozent der Zweitstimmen) und vermutete Hauptschuld an der Schuldenkrise

	CDU/CSU	SPD	FDP	B90/ Die Grünen	Die Linke	AfD
Banken, Spekulanten, etc.	33,4	29,2	5,2	19,2	10,3	2,7
Überschuldete Länder	49,2	26,4	6,8	10,0	6,9	0,7
EU	41,0	28,4	6,5	13,3	9,4	1,3
Euro	37,5	22,8	3,6	17,5	11,1	7,6
Deutsche Politik(er)	28,5	45,1	2,0	7,8	12,8	3,8
Sonstige	32,5	35,3	4,0	15,8	12,3	0,0

Anmerkung: Zeilenprozente; eigene Darstellung auf Basis der Daten des GLES Vorwahlquerschnitts.

Zu lesen ist diese Tabelle wie folgt: Unter den Bürgern, die die Hauptschuld bei den Banken, Spekulanten oder Managern sahen, wollte ein Drittel die Unionsparteien wählen, knapp 30 Prozent die SPD, fünf Prozent die FDP, knapp 20 Prozent die Grünen, zehn Prozent Die Linke und fast drei Prozent die AfD. Besonders auffällig in dieser Zeile ist der Erfolg der Grünen – sie profitierten offenbar besonders in dem Teil des Elektorats, das die Finanzmarktakteure für die Schuldenkrise in der Verantwortung sah.

Die Anhänger der These, die überschuldeten Länder trügen selbst die Hauptschuld, favorisierten vor allem die Union – fast die Hälfte derjenigen, die Schuld bei Griechenland, Irland, usw. vermuteten, hatte vor, für die CDU oder die CSU zu votieren. Gleichzeitig hatten besonders wenige aus diesem Personenkreis die Absicht, für Die Linke zu stimmen.

Der überraschendste Befund aber ist, dass nicht mal ein Prozent dieser Bürger für die AfD stimmen wollte.

Diejenigen, die die Europäische Union pauschal für schuldig befanden, zeigten keine besonderen Parteipräferenzen. Interessant wird es jedoch wiederum bei denjenigen, die den Euro für verantwortlich hielten. Hier wird nämlich deutlich, dass die Anhänger der AfD im Durchschnitt viel weniger europakritisch denn eurokritisch sind. Mit deutlich über sieben Prozent der Zweitstimmen erzielt die AfD in diesem Teil der Wählerschaft ihre größte Zustimmung. Überraschend ist hier das ähnlich gute Abschneiden der Grünen – ihr Wähleranteil liegt hier deutlich über dem Durchschnitt. Weniger häufig dagegen votierten Bürger mit dieser kritischen Perspektive auf die Gemeinschaftswährung für die Sozialdemokraten. Diese wiederum erzielten ihr bestes Ergebnis – ebenso wie Die Linke – bei Wählern, die die Bundesregierung oder die deutsche Politik allgemein als hauptverantwortlich an der Krise wahrnehmen. Unterdurchschnittlich wenige dieser Personen gaben an, für die Parteien der schwarz-gelben Regierung stimmen zu wollen. Dies unterstreicht das Ergebnis des Wahlverhaltens nach Bewertungen der Regierungsleistung – wer die Bundesregierung für die Krise verantwortlich macht, wählt nicht für sie.

Tabelle 4: Bundestagswahlabsicht und wichtigstes Problem Deutschlands

	Euro-/Schuldenthemen als wichtigstes Problem genannt	
	Ja (Zweitstimmen in Prozent)	Nein (Zweitstimmen in Prozent)
CDU/CSU	52,3	37,0
SPD	23,4	29,4
FDP	9,5	4,9
B90 / Die Grünen	8,8	16,2
Die Linke	3,5	10,3
AfD	2,4	2,3

Anmerkung: Spaltenprozente; eigene Darstellung auf Basis der Daten des GLES Vorwahlquerschnitts.

Von etwa acht Prozent der Befragten der Vorwahlumfrage der GLES im Sommer 2013 wurde ein Krisenthema der EU als wichtigstes Problem genannt – sei es die Verschuldung, die Stabilität der Gemeinschaftswährung, die Kredite oder ähnliches. Von welchen gaben wiederum mehr als die Hälfte an, für die Unionsparteien stimmen zu wollen und fast zehn Prozent für die FDP. Die schwarz-gelbe Regierung (oder auch die Union allein) hatte also unter denen, die europäische Themen rund um den Komplex der Krise als am wichtigsten erachteten, eine satte Mehrheit. Die Oppositionsparteien stehen in diesem Teil der Wählerschaft schlechter da als im Gesamtektorat. Interessanterweise bestätigt sich der Befund hinsichtlich der AfD auch hier: Sie gewinnen nicht per se mehr Stimmen bei denen, die Eurothemen für besonders relevant erachten.⁴ Wahrscheinlich führte eine Wahrnehmung von Eurothemen 2013 als relevantestes Problem eher zur Wahl von Union und FDP als zu einer Stimmabgabe für die AfD.

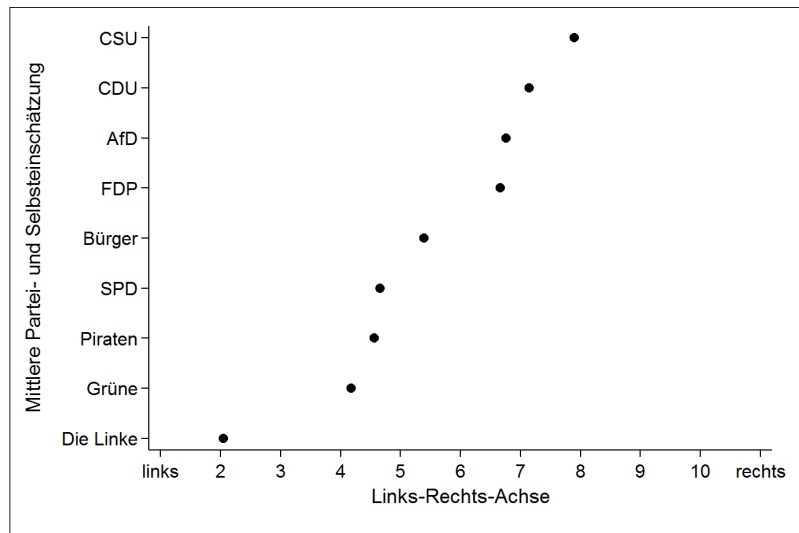
- 1| *Vgl. Aiko Wagner/Bernhard Weßels (2011): Regierungsleistung im Urteil der Wähler. In: Hans Rattinger/Sigrid Roßteutscher/Rüdiger Schmitt-Beck/Bernhard Weßels et al.: Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009. Baden-Baden: Nomos, S. 165-177.*
- 2| *Dass beide Begriffe zusammengezogen wurden, ist sicherlich nicht optimal. Nimmt ein Bürger diese Krise als Eurokrise wahr, folgen daraus sicherlich andere Einstellungs- und Verhaltenskonsequenzen, als wenn er sie als Staatsschuldenkrise wahrnimmt. Leider finden sich auf der Seite der Forschungsgruppe Wahlen keine disaggregierten Daten.*
- 3| *European Commission, Brussels (2013): Eurobarometer 79.3 (2013). TNS Opinion, Brussels [producer]. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5689 Datenfile Version 1.0.0, doi:10.4232/1.11781. Erhebungszeitraum war vom 10. bis zum 26. Mai 2013.*
- 4| *Ein Wort zu den abgebildeten Prozenten: Die AfD erhielt bei der Bundestagswahl 4,7 Prozent der gültigen Zweitstimmen, in der Vorwahlumfrage der GLES gaben aber nur etwas mehr als zwei Prozent an, für sie stimmen zu wollen. Das hat mehrere Gründe. Zum einen liegt es an der Unschärfe von Umfragen, die gerade bei kleineren Parteien die Anhängerschaft niemals perfekt abzubilden vermögen. Sodann umfasste der Befragungszeitraum die acht Wochen vor der Wahl, in der die AfD zu mobilisieren vermochte. Unter den Befragten zu Anfang des Zeitraums (und in der Summe daher im gesamten Sample) sind daher weniger AfD-Wähler. Drittens galt es womöglich als nicht unproblematisch, eine zuweilen als rechts-populistisch bezeichnete Partei – ob zu Recht oder nicht sei an dieser Stelle dahingestellt – wählen zu wollen. Antworteffekte sozialer Erwünschtheit sind daher nicht auszuschließen.*

DIE WETTBEWERBSITUATION IM DEUTSCHEN PARTEIENSYSTEM MIT BLICK AUF DIE EUROPAWAHL 2014

In Deutschland gibt es in der Wahrnehmung der Bürger keine größeren rechten Parteien: Auf der Skala von 1 (links) bis 11 (rechts) wird keine der Parteien im rechten Viertel des politischen Raums verortet. Zudem sind zwei politische Lager zu erkennen. Zu den oftmals als bürgerliches Lager bezeichneten Parteien von FDP und Union ist nun die AfD hinzugekommen, die von den Bürgern zwischen FDP und CDU positioniert wird. Zum Mitte-Links-Lager aus SPD und Grünen ist in den letzten Jahren die Piratenpartei gestoßen.¹ Die Linke wird als sehr links gesehen und weist den größten Abstand zur nächsten Partei auf. Die Bürger verorten sich selbst im Durchschnitt in der Mitte zwischen den beiden Lagern (siehe Abbildung 9, Seite 30).

Die Positionierung auf der Links-Rechts-Achse liefert ein Erklärungsmuster für das Wahlverhalten – auch für Europawahlen.² Je geringer der Abstand zwischen Selbstpositionierung des Bürgers und wahrgenommener Parteiposition, desto höher die Chance, dass er für diese stimmt. Was bedeuten die Parteipositionen dann für die Konkurrenzsituation bei der Europawahl? Die erste Intuition wäre, dass Parteien, die räumlich eng beieinander stehen, um ähnliche Wähler konkurrieren und daher im direkten Wettbewerb zueinander stehen. Im Folgenden wollen wir einen Blick auf die AfD werfen, deren Wahlkampf und Performanz

Abbildung 9: Links-Rechts-Selbsteinschätzung und Einstufung der Parteien

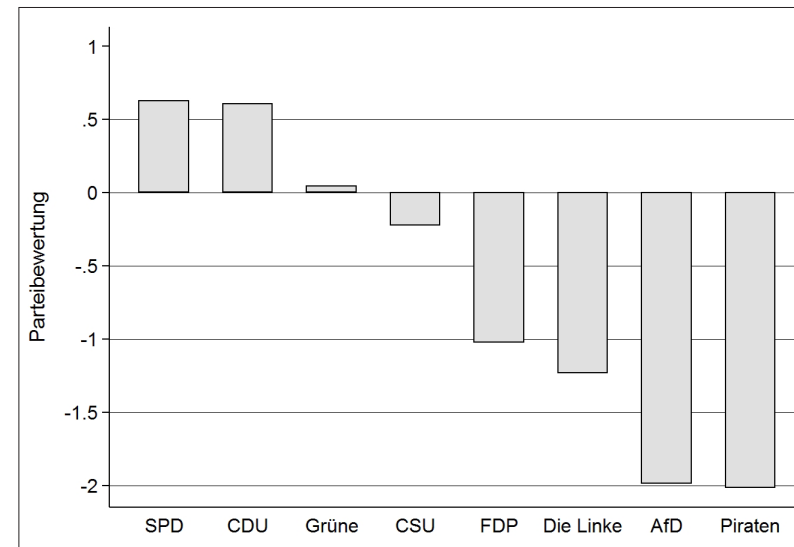


Anmerkung: Eigene Darstellung der Mittelwerte der Wählerwahrnehmungen auf Basis der Daten des GLES Vorwahlquerschnitts.

aufgrund ihrer eurokritischen bzw. euroskeptischen Positionen für die Europawahl von besonderem Interesse sind. Lässt sich dann schlussfolgern, dass die AfD gerade unter den Anhängern der Union und der FDP ihre Sympathisanten rekrutiert? Die Wählerwanderungsmodelle zur Bundestagswahl 2013 lassen hier Zweifel aufkommen – immerhin wanderten fast genauso viele Wähler von rot-rot-grün zur AfD wie von schwarz-gelb.³

Um zu einer genaueren Vorstellung von der Wettbewerbs- bzw. Konkurrenzsituation zu kommen, werfen wir zuerst einen Blick auf die generalisierte Parteibewertung (auch Parteiskalometer oder Parteisympathie genannt) für die acht gegenwärtig größeren Parteien des bundesdeutschen Parteiensystems. Die Befragten wurden gebeten, auf einer Skala von -5 bis +5 anzugeben, was sie „ganz allgemein von den einzelnen politischen Parteien“ halten.

Abbildung 10: Parteisympathie



Anmerkung: Eigene Darstellung der Mittelwerte der Parteieinschätzungen auf Basis der Daten des GLES Vorwahlquerschnitts.

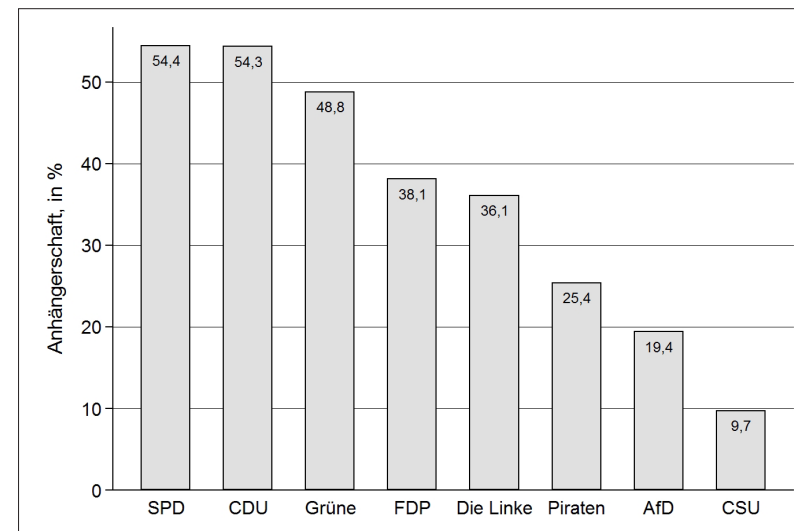
Am besten werden SPD und CDU beurteilt, auf Platz drei kommt Bündnis 90/Die Grünen. Bereits ab Platz vier in der Parteibewertung – der CSU – werden die Parteien im Mittel negativ bewertet. Darauf folgen FDP und Die Linke mit größerem Abstand. Wiederum nochmals deutlich schlechter werden die Piraten und die AfD bewertet. Nun übersetzt sich diese allgemeine Parteisympathie nicht eins zu eins in Wählerstimmen, wie die Reihenfolge der Parteien nach Zweitstimmen bei der Bundestagswahl im September 2013 gezeigt hat. Hier wurde die CDU klar vor der SPD stärkste Kraft, dahinter Die Linke, die Grünen und die CSU, unter der Fünfprozenthürde die FDP, dann die AfD und zuletzt die Piraten.

Welches Potential hat diese AfD bei Europawahl? Das Profil der Alternative für Deutschland, die erst im Frühjahr 2013 gegründet wurde, wird zumeist als eurokritisch, zuweilen als rechtspopulistisch beschrieben. Die Namensgebung erfolgt bewusst als Darstellung einer neuen Option: Vor dem Hintergrund der Rettungsschirme gegen die Euro- bzw. Staatsschuldenkrise in Europa, die durch die Finanzmarkt- und Bankenkrise (ab 2007) verursacht wurde, verträten alle anderen Parteien die gleichen Positionen in der Europapolitik. Daher sei die AfD die einzige „Alternative“.

Wie wir gesehen haben, unterscheiden sich Europawahlen nicht strukturell von Bundestagswahlen – außer durch die Wahlbeteiligung. Ansonsten sind ähnliche Faktoren relevant: die Leistungsbewertung der Bundesregierung, die Spitzenpolitiker (nationale und, mit Abstrichen, europäische) und die Problemwahrnehmungen der Bürger. Auf Basis der dargestellten generalisierten Bewertungen kann man nun bestimmen, welches Unterstützerpotential eine Partei hat, d. h. wie groß ihre Anhängerschaft ist bzw. wie zahlreich ihre Sympathisanten sind.⁴ Dahinter steckt eine einfache Idee: Wer eine Partei positiv bewertet, zählt zu den Sympathisanten und je positiver die Bewertung einer Partei, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass diese Partei zukünftig gewählt wird. Wenn viele Personen eine Partei sehr positiv bewerten, dann hat diese eine große Anhängerschaft – ob sie diese dann am Wahltag auch in Wählerstimmen umsetzen kann, ob sie die Wähler also a) an die Urne zu locken vermag und b) auch deren Stimmen bekommt, ist damit noch nicht gesagt. Denn die meisten Wähler bewerten mehr als eine Partei positiv, sind also als Sympathisanten mehr als einer Partei zu sehen. Auf der anderen Seite gilt ganz symmetrisch: Je negativer eine Partei bewertet wird, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass diese Partei die Stimme erhält. Ist eine Partei einem Wähler nicht bekannt, darf davon ausgegangen werden, dass er sie auch nicht wählen wird. Wann immer eine Person also angab, eine Partei nicht zu kennen, erhielt sie den niedrigsten Wert. Gleiches gilt für Bürger außerhalb Bayerns: Hier wird die Wahlchance der CSU ebenfalls auf null gesetzt (siehe Abbildung 11, Seite 33).

Die Verteilung der Anhängerschaft erinnert natürlich an die generalisierten Parteibewertungen, korrespondiert allerdings augenscheinlich nicht mit dem tatsächlichen Wahlergebnis. Dieser Unterschied zwischen Potential und realisierten Wähleranteilen ist jedoch kein spezifisch deutsches Phänomen. Oftmals existieren Parteien in einem Parteiensystem, denen einerseits von vielen Bürgern Sympathie entgegen gebracht wird, die jedoch andererseits die ihnen entgegengebrachte Sympathie nicht adäquat in Wählerstimmen übersetzen können.⁵ Zwei Unterschiede sind hervorzuheben – die geringeren Werte für die AfD und die CSU. Für die AfD liegt der Grund in der vergleichsweise geringeren Bekanntheit. Bei der CSU ergibt sich der niedrige Wert, da sie in 15 Bundesländern nicht antritt. In Bayern hat sie mit etwa 63 Prozent auch eine größere Anhängerschaft als die anderen Parteien, bundesweit ergibt dies jedoch nur knapp zehn Prozent. Das bedeutet zum anderen, dass die CSU mit ihrem Wahlergebnis von 7,4 Prozent der bundesweiten Zweitstimmen ihr Poten-

Abbildung 11: Größe der Anhängerschaften der Parteien



Anmerkung: Eigene Darstellung der Mittelwerte der Parteieinschätzungen auf Basis der Daten des GLES Vorwahlquerschnitts.

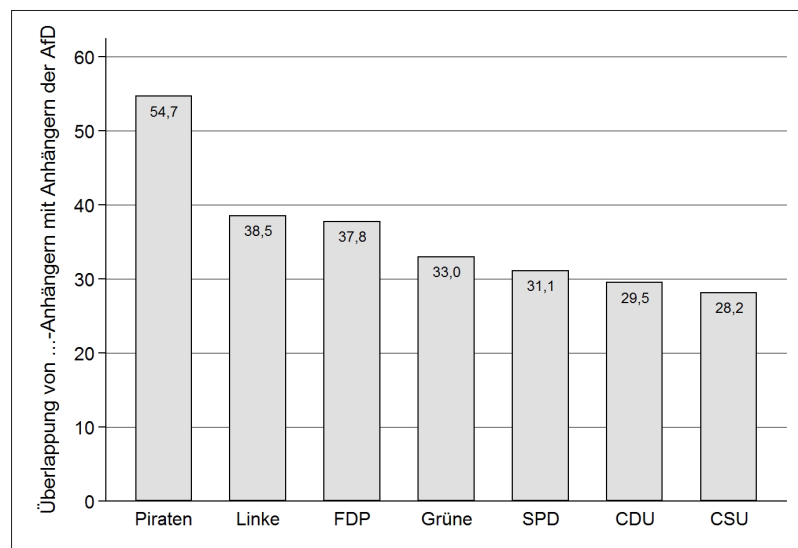
tial bei der Bundestagswahl 2013 zu etwa drei Vierteln ausgeschöpft hat (7,4 Prozent der Stimmen geteilt durch 9,7 Prozent Anhängerschaft). Ähnliches gilt für die CDU (63 Prozent Ausschöpfung) und – mit bereits deutlichen Abstrichen – die SPD, die allerdings nur knapp die Hälfte der Stimmen ihrer Sympathisanten erhielt (48 Prozent). Von den kleineren Parteien hatten es Die Linke und die AfD noch am ehesten vermocht, ihre Anhänger zur Stimmabgabe zu überzeugen (jeweils etwa 25 Prozent Ausschöpfung), gefolgt von den Grünen, die von nur 17 Prozent ihres recht großen Potentials Stimmen erhielten. Die FDP konnte nur jeden Achten ihrer Sympathisanten mobilisieren, die Piraten sogar nicht einmal jeden Zehnten.

Die AfD, die wir an dieser Stelle noch etwas eingehender analysieren möchten, war also von den kleinen Parteien am erfolgreichsten, Stimmen aus ihrem recht geringen Potential zu erhalten.

Mit wem konkurriert nun diese neue politische Partei? Dazu muss beachtet werden, dass politischer Wettbewerb keine symmetrische Sache ist. Betrachten wir dazu ein Beispiel. Nehmen wir an, dass alle AfD-Anhänger auch mit einer der Unionsparteien sympathisieren würden, das

AfD-Potential also eine echte Teilmenge des Unionspotentials wäre. 100 Prozent der AfD-Anhänger wären also auch Anhänger der Union und die Christdemokraten für die Eurokritiker die zentrale Konkurrenzpartei. Umgekehrt würde aber gelten, dass aufgrund der vergleichsweise kleineren Anhängerschaft „nur“ etwa 30 Prozent der Unionsanhänger auch mit der AfD sympathisierten. Damit wäre die AfD zwar eine ernsthafte Konkurrenz, aber in geringerem Maße als umgekehrt. Im ersten Schritt werden wir uns daher die aktive Konkurrenzsituation der AfD ansehen, d. h. die Frage beantworten, die Anhänger welcher Parteien ebenfalls mit der AfD sympathisieren.

Abbildung 12: Sympathien in den Anhängerschaften der Parteien mit der AfD



Anmerkung: Eigene Darstellung auf Basis der Daten des GLES Vorwahlquerschnitts.

Die Zahlen geben den Anteil der Sympathisanten der jeweiligen Partei wieder, die sich auch für die AfD erwärmen können, für die also prospektiv auch die Wahl der AfD in Frage käme. Aus Sicht der politischen Parteien wäre demnach zu schlussfolgern, dass Parteien mit hohen Werten die AfD mehr beachten müssen, da diese mit ihnen um die gleichen Unterstützer konkurriert. Die Anhänger von Parteien mit geringen Werten können der AfD weniger Positives abgewinnen. Insgesamt sind die Resultate überraschend. Die größte Schnittmenge haben die Piratenanhänger mit den AfD-Sympathisanten. Mehr als die Hälfte des Unterstützerpoten-

tials der Piratenpartei ist auch den Euroskeptikern zugeneigt. Daneben fallen die Überlappungen bezüglich der anderen Parteien gering und wenig differenziert aus. Am größten sind die Überschneidungen – auch das gegen die Erwartungen – mit der Linken, erst danach mit der FDP. Die Unionsparteien sind von der Konkurrenz der AfD gegen alle Intuition am wenigsten betroffen. Am ehesten müssen sich demnach die Piraten vor dieser neuen politischen Kraft in Acht nehmen.

Die Umkehrung fragt danach, in wie weit die AfD-Anhänger anderen Parteien zuneigen. Insgesamt liegen diese Werte deutlich höher, da die AfD eine vergleichsweise kleine Unterstützerbasis hat. Am ehesten neigen die potentiellen Wähler der AfD der SPD zu, ähnlich stark den Grünen und der CDU. Etwas weniger, aber immer noch zu über 70 Prozent, neigen sie der FDP, der Linken und den Piraten zu. Am wenigsten der CSU, da diese nur in Bayern antritt. Wiederum besteht die direkte Konkurrenz für die AfD nicht so sehr aus Union und FDP, sondern zuvorderst aus SPD und Grünen (wobei die Abstände zwischen den Parteien eher gering sind). Diese ersten Analysen legen nahe, die AfD keinesfalls ausschließlich und auch nicht in erster Linie als eine Herausforderung im politischen Wettbewerb für das bürgerliche Lager zu sehen, eher noch für die Parteien auf der linken Seite des politischen Spektrums. Allerdings geben diese Darstellungen nur einen ersten Eindruck. Die weitere Entwicklung dieser Partei bleibt ebenso abzuwarten wie vertiefte Analysen zur Anhängerstruktur und Wählerklientel.

- 1| Vgl. Oskar Niedermayer (2013): *Die Wähler der Piratenpartei: Wo kommen sie her, wer sind sie und was bewegt sie zur Piratenwahl?* In: Oskar Niedermayer (Hrsg.), *Die Piratenpartei*, Wiesbaden: Springer VS, S. 63-73; Aiko Wagner/Antonia May (2013): *Linksliberale Enterhaken. Geht die Fragmentierung des Parteiensystems in eine neue Runde?* In: *Mitteilungen des Instituts für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung* 19, S. 130-133; Sabine Stoye/Sabine Pokorny (2013): *Auf hoher See – Vermessung der Piratenpartei*, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.: Sankt Augustin/Berlin.
- 2| Vgl. Aiko Wagner/Heiko Giebler (2010): *Determinanten der Wahlentscheidung bei Bundestags- & Europawahlen im Vergleich. Vortrag auf der Tagung des Arbeitskreises „Wahlen und Politische Einstellungen“ der DVPW 2010*, Berlin.
- 3| Vgl. <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2013-09-22-BT-DE/analyse-wanderung.shtml> [eingesehen am 17.02.2014]
- 4| Vgl. dazu, wenn auch auf Grundlage von Wahlneigungen und nicht auf Basis von Parteisympathien, Jean Tillie (1995): *Party Utility and Voting Behavior*. Amsterdam: Het Spinhuis.
- 5| Vgl. Cees van der Eijk/Broer Niemöller (1983): *Electoral change in the Netherlands. Empirical results and methods of measurement*. Amsterdam: CT Press.

ZUSAMMENFASSUNG

Europawahlen gelten als Wahlen zweiter Ordnung – die Wahlbeteiligung ist deutlich geringer und das Wahlverhalten ist durch Bewertungen von Objekten der ersten Ebene bestimmt. Die Bürger transferieren ihre Einstellungen gegenüber den Bundesparteien auf die Wahl zum Europäischen Parlament. Damit kommt ihnen die Funktion von Barometerwahlen zu, in denen die Bürger den Parteien einen Zwischenstand über die Zufriedenheit mit ihrer Arbeit auf nationaler Ebene geben. Für das Ergebnis der anstehenden Wahl im Mai heißt das, dass es wohl zu einem Gutteil dadurch entschieden wird, wie zufrieden die Bürger mit der Arbeit der Parteien auf der Bundesebene sein werden.

Zudem zeigt die vorliegende Studie, dass ein Virulentwerden von EU-Themen im Kontext der Schulden-/Währungs-/Wirtschaftskrise nicht automatisch Stimmengewinne für die eurokritische AfD bedeutet. Vielmehr ist das *framing* entscheidend, unter denen das Phänomen öffentlich und von den Parteien diskutiert wird. Die Anhänger- und Wählerstruktur der AfD ist nicht eindimensional auf mit der Euro- und/oder Europapolitik unzufriedene Mitte-Rechts-Wähler zu reduzieren. Sie ist keine echte und/oder ausschließliche Konkurrentin für Union und FDP in dem Maße, wie die Piraten es für die Parteien des linken Lagers waren oder sind. Dass das Jahr 2014 einen wirklich europäischen Wahlkampf über Themen, die im Europäischen Parlament entschieden werden, mit sich bringt, ist eher unwahrscheinlich. Auch die anstehende Wahl verspricht, eine second-order election im Schatten nationaler Politik zu werden.

DER AUTOR

Dr. Aiko Wagner
 seit 2009 Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Abteilung „Demokratie: Strukturen, Leistungsprofil und Herausforderungen“, Projekt „German Longitudinal Election Study“, Forschungsthemen: Wahl- und Parteiensysteme, Politisches Verhalten, Politische Institutionen, Sozialwissenschaftliche Methoden & Methodologie.

ANSPRECHPARTNERIN IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Dr. Viola Neu
 Leiterin Team Empirische Sozialforschung
 Hauptabteilung Politik und Beratung
 10907 Berlin
 Telefon: +49(0)-30-2 69 96 35 06
 E-Mail: viola.neu@kas.de



Gefällt Ihnen diese Publikation?

Dann unterstützen Sie die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung für mehr Demokratie weltweit mit einer mobilen Spende. Der Betrag kommt unmittelbar der Stiftung zugute und wird für die Förderung unserer satzungsgemäßen Zwecke verwendet.

Jetzt QR-Code scannen und Betrag eingeben.